

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

und Anzeiger

Erscheint jeden Wochentag nachmittags. — Fernspr. Nr. 11. Postkontokto Leipzig 23 464. — Gemeindegeldkonto 14. — Bankkonten: Commerz- und Privat-Bank Zweigstelle Hohenstein-Ernstthal — Darmstädter und Nationalbank Zweigstelle Hohenstein-Ernstthal. — Unerlangt eingehende Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. — Einblendungen ohne Namensnennung finden keine Aufnahme.

Bei Klagen, Konkursen, Vergleichen usw. wird der Bruttobetrag in Rechnung gestellt. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Hohenstein-Ernstthaler Zeitung, Nachrichten und Neueste Nachrichten

Generalanzeiger für Hohenstein-Ernstthal mit Gättengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Bernsdorf, Bernsdorf, Rilsdorf, Vangenberg, Weinsdorf, Falken, Vangenschurzdorf, Reichenbach, Callenberg, Grumbach, Tirschtal, Ruchschappel, St. Egidien, Wästenbrand, Gräna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Ruchdorf.



Dieses Blatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts, des Finanzamts und des Stadtrats zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortschaften behördlicherseits bestimmte Blatt.

Druck und Verlag von Dr. Alban Frisch.

Nr. 206

Der Raum des Wärmeters der einpaltigen Anzeigen-
stelle kostet 6 Pf. der einpaltigen Reklamezeit 18 Pf.
Für den Nachweis werden 25 Goldpfennige berechnet.

Montag, den 3. September 1928

Bezugspreis halbjährlich 80 Goldpfennige
einschließlich Fragerlöbn.

78. Jahrg.

Poincarés Bedingungen

Von unserem Berliner Vertreter
Berlin, 3. September

Eine Berliner Wochenzeitung behauptet, die Bedingungen zu kennen, die Poincaré Stresemann für die Räumung der Rheinlande gestellt habe. Sie sagt, es werde Deutschlands Bereitschaft zur Errichtung einer sogenannten Locarno-Kommission, also einer stillen Kontrolle gefordert, die entgegenkommenderweise ihren Sitz in der Schweiz haben soll, Deutschlands Zustimmung zu einem Ost-Locarno, außerordentliche Abschlüsse, Zahlungen auf die Leistungen des Dawesplanes hin, intensive deutsche Bemühungen um Regulierung des internationalen Schuldenproblems und schließlich verbindende Erklärungen hinsichtlich des Anschlusses Österreichs an Deutschland. Wie man sieht, handelt es sich hier lediglich um Vermutungen, die nur in ihrer konzentrierten Form ein wahres Gesicht zu haben scheinen, denn man ist solchen Angaben in der letzten Zeit wiederholt begegnet. Wenn wir auch nicht in der Lage gewesen sind, den Inhalt der Verhandlungen Stresemanns mit Poincaré in vollem Umfange wiederzugeben, so erfahren wir doch zuverlässig, daß die obigen Angaben in keiner Weise zutreffen. Selbstverständlich sind diese Fragentopplexe gestreift worden. Poincaré hat sie in die Debatte geworfen, aber nicht als Bedingungen formuliert. Ihm lag daran, die Haltung Deutschlands hierzu kennenzulernen und mit feiner Silbe bei vereinbart worden, daß in Genf weitere Verhandlungen nur dann stattfinden können, wenn der deutsche Bevollmächtigte in sämtlichen Angelegenheiten Vollmachten zu genügenden Erklärungen mitbrachte.

Was die einzelnen Fragen anlangt, so hören wir, daß Deutschland im Falle einer früheren Rheinlandräumung mit einer stillen Kontrolle, die ihren Sitz in der Schweiz erhalten würde, einverstanden wäre. Dagegen denkt Deutschland nicht daran, sich auf Drängen Frankreichs zu einem Ost-Locarno zu verpflichten. Deutschland behält im Osten, wie es wiederholt erklärt hat, völlig freie Hand. In diesem Sinne wird sich Stresemann auch Poincaré gegenüber geäußert haben. Schließlich aber legt Frankreich tatsächlich nicht so großen Wert darauf, Polens Wünsche zu einer französischen Bedingung als Rheinlandkompensation zu benutzen. Dagegen ist Frankreich immer peinlich berührt gewesen durch die deutsch-österreichische Anschlußbewegung. Aber auch diese Angelegenheit dürfte Stresemann als eine rein deutsch-österreichische Frage dargestellt haben, die in keinem Zusammenhang mit den deutsch-französischen Interessen zu bringen ist, und daher auch niemals ausschlaggebende Bedeutung für ein französisches Entgegenkommen erlangen kann.

Allein das internationale Schuldenproblem ist ein tatsächlicher Gegenstand der Unterhaltung zwischen Poincaré und Stresemann gewesen, der denn auch, wie uns versichert wird, einen breiten Raum einnahm. Es trifft nämlich zu, daß Poincaré der Auffassung ist, die Räumung der Rheinlande müsse mit der vollständigen Liquidierung des Krieges zusammenhängen. Eine Liquidierung des Krieges heißt jedoch namentlich für Frankreich eine klare Regulierung der Schulden aus dem Kriege. Und in dieser Angelegenheit hat Poincaré Stresemann verschiedene Fragen vorgelegt, die Stresemann freilich niemals erschöpfend beantwortet konnte, viellecht nur in der Richtung, daß Deutschland sich im Sinne Poincarés bemühen würde, für die internationale Schuldenregulierung zu wirken. Daß Deutschland über die fälligen Daweszahllungen hinaus eine außerordentliche Zahlung

„Die Besetzung entbehrt jeglicher Berechtigung“

Reichszkanzler Müller an die amerikanische Presse

Genf, 2. September

Der Führer der deutschen Delegation für die 9. Völkerbundsversammlung, Reichszkanzler Hermann Müller, ist heute abend 8.30 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Zuge in Genf eingetroffen. In Baden-Baden hatte er auf der Durchreise eine längere Besprechung mit Dr. Stresemann. Ueber den Gang der zu erwartenden Verhandlungen zwischen dem Reichszkanzler und Briand über die Räumung des Rheinlandes sieht man hier im allgemeinen äußerst schwarz. Auch die Räumung der zweiten Zone wird hier allgemein als wenig wahrscheinlich erachtet.

Reichszkanzler Müller gab dem Vertreter von „International News Service“ eine Erklärung ab, worin er ausführte:

Das gesamte deutsche Volk sei in dem nationalen Wunsch einig, daß das Rheinland geräumt werde. Deutschland könne nicht verstehen, warum noch Truppen immer im Rheinland bleiben sollen, obwohl in den Reparationszahlungen wie in der Entwaffnung Deutschland Beweis auf Beweis gegeben habe, daß es gewillt ist, allen Verpflichtungen gegenüber den früheren Feinden nachzukommen. Reichszkanzler Müller erinnerte an die Annahme des Dawesplanes, wodurch das Reparationsproblem seines politischen Charakters entkleidet und in jeder Beziehung eine wirtschaftliche und finanzielle Angelegenheit geworden sei, die als solche eine normale und natürliche Entwicklung gewähre. Nur dadurch habe der Dawesplan vier Jahre lang gut arbeiten können. Kein Land habe für die allgemeine Sicherheit mehr getan als Deutschland. Das würde klar demonstriert durch den Locarno-Vertrag, durch zahlreiche Schiedsgerichtsverträge, durch die Annahme der Optionsklausel im internationalen Schiedsgericht, durch Deutschlands aktive Mitarbeit im Sicherheitsausschuß in Genf und zuletzt durch die unverzügliche Annahme des Kellogg-Paktes ohne Vorbehalte. Deutschland sei auf dem Gebiet der Entwaffnung weiter gegangen als irgend ein anderes Land, es sei auch fernerhin in jeder Beziehung gewillt,

an anderen Vorschlägen mitzuarbeiten, die den Weltfrieden gewährleisten.

Reichszkanzler Müller schloß: „Was wir in Zukunft zu verwirklichen hoffen zusammen mit dem, was wir in der Vergangenheit erreicht haben, gibt uns nach unserer Ueberzeugung das Recht, zu verlangen, daß fremde Besatzungstruppen unser Land verlassen. Ihre Aufenthalt wird durch das gesamte Deutschland dahin ausgelegt, daß er jeglicher Berechtigung entbehrt und im Gegensatz zu dem Frieden steht.“

Wie wir weiter hören, galten die Besprechungen des Reichsaußenministers mit dem Reichszkanzler bei der Festlegung des deutschen Standpunktes bei den Erörterungen über die Rheinlandräumung. Dr. Stresemann, der als Leiter der deutschen Außenpolitik naturgemäß auch die späteren Verhandlungen dirigieren wird, hat mit dem Kanzler ein sorgfältiges Programm für die bevorstehende Staatsmännerzusammenkunft entwickelt. Es handelt sich dabei in erster Linie darum, daß die deutsche Regierung den Wunsch hat, den Besatzungsmächten klarzumachen, daß die Unterzeichnung zwischen den Räumungsterminen der zweiten und dritten Besatzungszone in Wegfall kommt und dafür die Räumung des gesamten Rheinlandes zur Erörterung gestellt wird. Wenn der Reichszkanzler in Genf die Besprechungen mit Briand fortführt, wird es voraussichtlich auch darauf ankommen, den englischen Vertreter, Lord Cushendun, über den deutschen Standpunkt zu unterrichten. Da der englische Außenminister Chamberlain voraussichtlich noch mindestens ein Vierteljahr von seinem Amt ferngehalten sein wird, wäre es dringend notwendig, daß sein Stellvertreter von der englischen Regierung ermächtigt würde, an den Rheinlandverhandlungen teilzunehmen. In diplomatischen Kreisen glaubt man, daß die englische Regierung nicht darauf verzichten wird, in die deutsch-französischen Erörterungen einzugreifen, da ja auch England als Besatzungsmacht an dem Gang der Verhandlungen interessiert ist.

leistet, um damit die Grundlage für die Weltschuldenregulierung zu bieten, ist ausgeschlossen, da wir gerade jetzt in das Staatsjahr treten, das die Höchstleistungen an Reparationszahlungen erreicht hat, und sich heute noch nicht übersehen läßt, wie Deutschland die rechnerisch festgestellten fehlenden 600 Millionen aufbringen wird. Der Umstand, daß der Reichszkanzler nach Genf geht in der Absicht, die Stresemannschen Verhandlungen weiterzuführen, beweist, daß Poincaré niemals das Ultimatum gestellt haben kann, nur dann lohne es sich weiter zu verhandeln, wenn Deutschland auf seine Forderungen klaren Bescheid geben könne.

Ministerrat in Campigny

Paris, 2. September

„Matin“ berichtet, daß der gestrige Ministerrat in Campigny drei Stunden dauerte. Er wurde dadurch eingeleitet, daß Poincaré und Briand über die Besprechungen Bericht erstatteten, die sie mit Kellogg und Dr. Stresemann hatten. Alsdann habe sich der Ministerrat mit der nächsten Völkerbundstagung beschäftigt, die infolge der Abwesenheit Cham-

berlains und Dr. Stresemanns etwas von ihrer Bedeutung verlieren werde. Die Befugnisse Briands seien in dem im Ministerrat vom 23. August festgelegten Sinne bestätigt worden. Es erscheine übrigens in Abwesenheit des englischen und des deutschen Außenministers nicht möglich, daß die Frage der Rheinlandräumung besprochen werde.

Der Völkerbund und die Monroe-Doktrin

Der Völkerbund und die Monroe-Doktrin
Die Antwort an Costarica

Genf, 1. September

Der Völkerbundsrat setzte am Sonnabend nachmittag in streng geheimer Sitzung die Beratung der Antwort an die Regierung von Costarica auf den Antrag wegen Auslegung der Monroe-Doktrin fort. Es gelang, eine Einigung auf den von dem Präsidenten Procope vorgelegten Entwurf zu erzielen.

In der Note wird darauf hingewiesen, daß anlässlich der Verhandlungen auf dem Berliner

Friedenskongreß über den Artikel 21 des Völkerbundsstatutes, der die Monroe-Doktrin erwähnt, Wilson die Erklärung abgegeben habe, der Völkerbundsstatut sei eine Erweiterung der Monroe-Doktrin, da er die territoriale und politische Unabhängigkeit der Mitgliedsstaaten des Völkerbundes garantiere. In seiner Antwort erklärt der Völkerbundsrat weiter: Kein Artikel des Statutes des Völkerbundes vermindere die souveränen Rechte oder Verpflichtungen irgend eines Mitgliedes des Völkerbundes. Daher könne der Völkerbund bei Streitigkeiten zwischen den lateinamerikanischen Staaten oder bei Streitigkeiten eines lateinamerikanischen Staates mit einem anderen Staat jederzeit eingreifen. Die Erwähnung der Monroe-Doktrin in Artikel 21 des Völkerbundsstatutes lege keinem Mitgliedsstaat des Völkerbundes die Verpflichtung auf, die Monroe-Doktrin anzuerkennen.

In einer weiteren geheimen Sitzung beschloß sich der Völkerbundsrat mit dem Antrag der ungarischen Regierung auf Erörterung des ungarisch-rumänischen Optantenstreites. Er wird erst Mitte September verhandelt werden.

China beantragt Erneuerung seines Mandats

Genf, 2. September

Nach einer der Presse gestellten Erklärung des chinesischen Ratsmitgliedes Wang Lingky beabsichtigt China, dessen Mandat als nicht-ständiges Ratsmitglied demnächst erlischt, in der Bundesversammlung den Antrag auf Wiederwählbarkeit und Erneuerung seines Mandates für weitere drei Jahre zu stellen.

Die Bundesversammlung wird also am 10. September über zwei Anträge auf Wiederwählbarkeit abstimmen müssen, einmal über den von Deutschland, England und Frankreich zu Gunsten Spaniens eingebrachten Antrag und dann über den nunmehr von China angemeldeten.

In der Erklärung des chinesischen Ratsmitgliedes wird gesagt, daß sich China der Schwierigkeiten wohl bewußt sei, daß es aber hoffe, die Völkerbundsversammlung werde dem geeigneten modernen China als zweiten Vertreter Asiens im Rat seinen Sitz im Rat belassen, umso mehr als durch die Erfüllung seines Antrages die Ansprüche europäischer und südamerikanischer Staaten auf Vertretung im Rat nicht berührt werden.

Sindenburgs Besuch in Schlesien

Es sollen keine finanziellen Aufwendungen gemacht werden

Breslau, 1. September

In einer Pressekonferenz im Oberpräsidium wurde bekannt gegeben, daß der Reichspräsident ausdrücklich wünscht, daß bei dem Empfang aus Anlaß seiner Schlesienreise angeht der Notlage Schlesiens in den einzelnen Städten keinerlei besondere finanzielle Aufwendungen gemacht werden sollen; insbesondere gilt das für das notleidende Waldenburg. Wenn hier schon Mittel für die Empfangsfeierlichkeiten bewilligt worden sind, so sollen diese nach dem Wunsch des Reichspräsidenten für soziale Zwecke verwendet werden.

Die hierdurch zum Ausdruck kommende hochherzige Gesinnung müßte eigentlich bei den Breslauer Sozialdemokraten, die dem greisen Reichspräsidenten gegenüber bei seinem Besuch selbst die einfachsten Gebote der Höflichkeit außer acht lassen wollten, ein Gefühl tiefer Beschämung hervorrufen.